

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses  
am Freitag, dem 17.04.2026, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:25 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	3
2.	Bericht zum Kapitalstock für die Abfederung künftiger Pensionsverpflichtungen des Kreises Warendorf bei der DZ PRIVATBANK S.A. <i>Getauscht mit TOP 3 – Vorlage 026/2026</i>	<b>040/2026</b> 4
3.	Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen der Finanzwirtschaft <i>Getauscht mit TOP 2 – Vorlage 040/2026</i>	<b>026/2026</b> 5
4.	Verzicht auf die Erstellung des Gesamtab- schlusses 2025	<b>044/2026</b> 9
5.	Antrag der Kreistagsfraktion AfD zum Ausstieg aus der Radio Warendorf Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	<b>025/2026</b> 10
6.	Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienst- leistungsgenossenschaft eG	<b>053/2026</b> 11
.	<b><u>II. Nichtöffentlicher Teil</u></b>	

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Brockmann, Dagmar	
Budde, Heinrich	
Hütig, Frank	
Kaup, Winfried	
Kleene-Reschke, Andrea	(Vorsitzende)
Kocker, Dennis	
Kuttig, Joachim	
Lehmann, Peter	
Menke, Hans-Ulrich	
Schulze Westhoff, Stephan	
Siebert, Christoffer	
Thiel, Joachim	
Welscheit, Martin	
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>	
Asselmann, Felix	Vertretung für Herrn Guido Gutsche
Große Vogelsang, Anja	Vertretung für Herrn David Schubert
Lütke-Verspohl, Timo	Vertretung für Herrn Karsten Koch
Stelthove, Karl	Vertretung für Herrn Norbert Ostermann
Vöcking, Knud	Vertretung für Frau Sibylle Schulte
<b>von der Verwaltung</b>	
Althues, Tim	
Funke, Stefan, Dr.	
Glinka, Nicole	
Kleier, Ulrike	
<b>Gäste</b>	
Heising, Gabriele	zur Vorlage 040/2026
Lenders, Gregor	zur Vorlage 040/2026

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Grunewald-Poch, Kirsten

**I. Öffentlicher Teil**

Frau Kleene-Reschke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Frau Kleene-Reschke und Herr Dr. Funke weisen darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und testweise mittels der KI-Software „SpeechMind“ protokolliert werden soll. Die Aufzeichnung dient ausschließlich der internen Unterstützung bei der Erstellung der Niederschrift. Für die Nutzung der Tonaufnahme in der KI-Software holt Frau Kleene-Reschke die Einwilligung der Anwesenden ein.

In Abstimmung mit den Anwesenden wird die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte geändert. Der Tagesordnungspunkt 3 „Bericht zum Kapitalstock für die Abfederung künftiger Pensionsverpflichtungen des Kreises Warendorf bei der DZ PRIVATBANK S.A.“ wird vorgezogen.

**1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Auf Nachfrage von Frau Kleene-Reschke meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2.	<b>Bericht zum Kapitalstock für die Abfederung künftiger Pensionsverpflichtungen des Kreises Warendorf bei der DZ PRIVATBANK S.A.</b>	<b>040/2026</b>
----	---	-----------------

Die Vorsitzende begrüßt Frau Heising und Herrn Lenders von der DZ PRIVATBANK S.A. Anschließend berichten Frau Heising und Herr Lenders anhand einer Präsentation, die auch als Tischvorlage vorliegt, über die Entwicklung der Kapitalmärkte, die Wertentwicklung des Kapitalstocks sowie die aktuelle Zusammensetzung und Steuerung des Portfolios.

Herr Lenders stellt dar, dass die Kapitalmärkte im Berichtszeitraum insbesondere durch geopolitische Ereignisse und die Zinsentwicklung geprägt gewesen seien. Er erläutert die Entwicklung der einzelnen Anlageklassen und geht auf die Renditebeiträge von Anleihen und Aktien ein.

Herr Kocker hinterfragt die strategische Aufteilung des Portfolios. Er weist darauf hin, dass der Anleiheanteil mit rund 70 % sehr hoch sei und die Rendite im Anleihebereich über viele Jahre unterhalb der Inflationsrate gelegen habe. Er regt eine grundsätzliche Diskussion zur Gewichtung von Anleihen und Aktien an.

Frau Heising erläutert hierzu, dass die Anlagestrategie des Kreises eine Aktienquote von bis zu 30 % zulasse. Eine weitere Erhöhung könne Renditechancen eröffnen, sei jedoch mit erhöhten Schwankungen und Risiken verbunden.

Herr Dr. Funke erläutert, dass die Anlagerichtlinie vorgibt, nicht mehr als 35 % der Vermögenswerte in Aktien anzulegen.

Herr Schulze Westhoff fragt nach, welche zusätzlichen Renditeeffekte bei einer moderaten Erhöhung der Aktienquote um wenige Prozentpunkte tatsächlich zu erwarten seien.

Herr Lenders erläutert, dass bei einer Erhöhung der Maximalquote von 30 % auf 35 % an Aktien möglicherweise etwa 0,5 % Renditezuwachs zu erwarten seien, bei entsprechend erhöhtem Risiko.

Herr Thiel hebt die Bedeutung ethischer und nachhaltiger Anlagekriterien hervor. Er spricht sich dafür aus, diese Maßstäbe auch dann einzuhalten, wenn kurzfristig renditestärkere Anlagen möglich erscheinen.

Herr Dr. Funke stellt abschließend klar, dass der Kreis Warendorf bewusst eine risikoaverse und konservative Anlagestrategie verfolge. Neben Renditegesichtspunkten seien insbesondere Nachhaltigkeit, politische Verantwortung und die Außenwirkung des Verwaltungshandelns maßgeblich. Ziel sei die langfristige Sicherung der Pensionsverpflichtungen ohne spekulative Risiken.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

<b>3.</b>	<b>Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen der Finanzwirtschaft</b>	<b>026/2026</b>
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Funke berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die auch als digitale Tischvorlage vorliegt, zu aktuellen Themen der Finanzwirtschaft. Er erläutert, dass der Kreishaushalt 2026 trotz vergleichsweise später Beschlussfassung zügig genehmigt worden sei. Zugleich stellt er die weiterhin angespannte Liquiditätslage dar, die u. a. auf verminderte Zahlungen der Umlagen bedingt durch die spätere Bekanntmachung der Haushaltssatzung, steigende Sozialtransferaufwendungen sowie Risiken im Bereich der Rettungsdienstfinanzierung zurückzuführen sei. Die Bezirksregierung habe ausdrücklich anerkannt, dass die schwierige Haushaltslage nicht selbstverschuldet sei.

Herr Kocker weist darauf hin, dass die Diskussion um die Finanzierung von Leerfahrten des Rettungsdienstes aktuell öffentlich geführt werde. Er berichtet von Rückmeldungen aus der Bevölkerung, wonach die Sorge bestehe, die Bürgerinnen und Bürger könnten künftig selbst mit Kosten belastet werden. Er hebt hervor, dass aus seiner Sicht eine klare Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit erforderlich sei, um Fehlinterpretationen zu vermeiden. Herr Kocker hält es für wichtig, dass in der nächsten Kreistagssitzung eine klare Stellungnahme abgegeben werde, um Missverständnisse zu vermeiden. Er fordert, dass die Botschaft vermittelt werde, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht damit rechnen müssten, die Rettungsdienstkosten selbst zu tragen, und dass der Kreis derzeit nicht in die Haushaltssicherung gerate oder Sperren verhängen werde.

Herr Dr. Funke bestätigt, dass die Situation weiterhin ungeklärt sei. Er führt aus, dass auf Landesebene intensive Gespräche geführt würden und insbesondere Landrat Dr. Gericke in engem Austausch mit den verhandelnden Personen stehe. Das finanzielle Risiko für den Kreishaushalt beziffert er aktuell auf rund vier Millionen Euro, betont jedoch, dass sich dieses Risiko nach seiner Einschätzung nicht vollumfänglich realisieren werde. Eine Haushaltssperre oder ein Nachtragshaushalt seien derzeit nicht vorgesehen.

Herr Thiel fragt nach, wie es erklärbar sei, dass die im Kreis Steinfurt berichteten Kosten pro Leerfahrt deutlich höher seien als die vom Kreis Warendorf.

Herr Dr. Funke erläutert dazu, dass die Gebührensätze des Kreises in der Vergangenheit stets im Einvernehmen mit den Krankenkassen festgelegt worden seien. Erst jüngst sei eine bislang akzeptierte Kostenposition von den Krankenkassen pauschal gekürzt worden.

Herr Kocker äußert den Wunsch, dass in der nächsten Kreistagssitzung über die derzeitige Situation im Rettungsdienst berichtet wird.

Herr Schulze Westhoff macht deutlich, dass zusätzlich zu den nicht erstatteten Rettungsdienstkosten weitere Belastungen auf den Kreis zukämen, etwa durch die mögliche Zahlung der Entlastungsprämie oder steigende Umlagen.

Herr Hütig erkundigt sich nach den konkreten finanziellen Auswirkungen einer möglichen Auszahlung der angekündigten Entlastungsprämie an die Beschäftigten.

Herr Dr. Funke erläutert, dass eine solche Zahlung für den Kreis Warendorf Mehrkosten in Höhe von rund 1,2 Mio. € bedeuten würde. Er betont, dass eine eigenständige Finanzierung durch den Kreis angesichts der aktuellen Haushaltslage nicht realistisch sei.

Herr Welschkeit stellt eine Nachfrage bezüglich der Auszahlung der Entlastungsprämie. Er möchte klären, ob diese Auszahlung in den Zuständigkeitsbereich der laufenden Verwaltung fällt, solange sie innerhalb des Personalbudgets bleibt.

Herr Dr. Funke betont, dass der Kreis eine derart bedeutende Entscheidung nicht alleine in der Verwaltungsleitung treffen würde. Die Politik würde bei der Entscheidung beteiligt werden.

Herr Dr. Funke führt seine Präsentation fort und erwähnt eine Erhöhung des Eigenkapitals, die buchhalterisch in der Bilanz erscheine. Dies sei auf die Neubewertung der RWE-Aktien zurückzuführen. Die Aktie habe sich gut entwickelt, von einem Kurs von 28 - 30 Euro auf 45,26 Euro Ende des Jahres 2025. Diese Entwicklung müsse bilanziert werden, obwohl man in der Vergangenheit aufgrund von Schwankungen darauf verzichtet habe. Angesichts der stabilen Entwicklung der Aktie, die zuletzt bei 56 Euro lag, erhöhe man den Wert auf 45,26 Euro, was zu einer Erhöhung der allgemeinen Rücklage um rd. 10 Millionen Euro führe. Herr Dr. Funke betont jedoch, dass dieser Wert valide sei und auch wieder sinken könne.

Herr Hütig äußert die Bedenken, dass der Besitz von Einzelaktien ein hohes Risiko darstellen könne. Er weist darauf hin, dass das Ziel der Ertragsbildung für die Kulturförderung sinnvoll sei und er dies unterstütze. Er regt jedoch an, darüber nachzudenken, das Risiko zu streuen, indem man in einen breitgestreuten MSCI World oder eine andere Struktur investiere. Er betont, dass er die aktuelle Situation als sehr risikoreich empfinde.

Herr Kocker führt aus, dass der ursprüngliche Zweck der Anschaffung der RWE-Aktien nicht darin bestanden habe, den Kapitalwert zu erhöhen, sondern das Unternehmen zu fördern, das damals stark kommunal geprägt gewesen sei. Er betont, dass es nicht darum gehe, die Aktien zu verkaufen und das Geld in andere Aktien zu investieren. Vielmehr solle das bestehende Engagement erhalten bleiben. Er weist darauf hin, dass die Rendite aus den Aktien die einzige Quelle für die Kulturförderung darstelle und warnt daher davor, die Aktien zu veräußern.

Herr Schulze Westhoff betont, dass man die Herkunft der Aktie berücksichtigen müsse. Die Dividenden der Aktie würden ausschließlich zur Unterstützung der Kulturfördergesellschaft eingesetzt, weshalb er dafür plädiere, die aktuelle Situation beizubehalten.

Herr Vöcking erklärt, dass seine Fraktion Die Linke in den vergangenen Jahren häufig angeregt habe, die Aktienwerte für andere Zwecke zu nutzen. Er betont jedoch, dass auch die Fraktion Die Linke nun ebenfalls dafür plädiere, die Aktie zu behalten, insbesondere mit dem Zweck, die Kultur im Kreis zu fördern.

Auf Nachfrage erläutert Herr Dr. Funke, dass der Rückgang der Liquidität auf mehrere Faktoren zurückzuführen sei. Zum einen habe man das Eigenkapital eingesetzt, um auf die Zahlung einer erhöhten Kreisumlage in 2025 zu verzichten. Zum anderen seien Förderprogramme des Bundes und des Landes ausgelaufen, die zuvor Investitionen und Auszahlungen ohne Kreditaufnahmen ermöglicht hätten. Zudem habe man zu Beginn des Jahres die Kreisumlage noch nicht in voller Höhe erheben dürfen, da dies erst nach Genehmigung des Haushalts möglich sei. Weiterhin wurden Investitionen umgesetzt. Auch bei den Rettungsdienstgebühren sei man zurückhaltend gewesen, da man die Reaktionen der Krankenkassen abwarten wollte. Herr Dr. Funke berichtet, dass die Liquiditätskredite kürzlich nur 6 Millionen Euro betragen hätten, was auf die variierenden Zahlungstermine von Sozialleistungen und Gehältern zurückzuführen sei.

In den bevorstehenden Haushaltsberatungen werde man versuchen, Anschaffungen zu verschieben oder darauf zu verzichten, und einen Sparhaushalt aufstellen. Die Ämter seien angewiesen, sparsam zu wirtschaften und die Kämmerei führe Haushaltsgespräche, um Einsparungen zu identifizieren. Man plane zudem Einsparungen durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz. Hierzu ist eine Vorlage in Ausarbeitung für den Digitalisierungs- und den Finanzausschuss.

Herr Schulze Westhoff geht auf die mittelfristigen finanziellen Perspektiven ein. Er weist darauf hin, dass insbesondere ab dem Jahr 2027 mit zusätzlichen strukturellen Belastungen zu rechnen sei und perspektivisch auch Fragen der Aufgaben- und Personalstruktur zu diskutieren seien. In diesem Zusammenhang verweist er auf jüngste Beschlüsse des Kreises Gütersloh. Für den Kreis Warendorf wird angeregt, den Stellenplan kritisch zu überdenken.

Herr Thiel gibt zu bedenken, dass bei der Kreisverwaltung bestimmte Aufgaben zu erfüllen sind. Daher seien pauschale Personalkürzungen aus seiner Sicht nicht zielführend.

Herr Kocker warnt davor, pauschale Einsparforderungen beim Personal zu erheben. Stattdessen sei eine differenzierte Betrachtung erforderlich.

Herr Schulze Westhoff betont man müsse in Anbetracht der bevorstehenden Pensionierungen und Renteneintritte überlegen, ob alle Positionen wiederbesetzt werden. Es sei wichtig, im Konsens zu überlegen, wie eine Entlastung erreicht werden könne. Er spricht sich gegen eine pauschale Streichung aus und schlägt vor, die Bewertung von Aufgaben und Themenbereichen zu überdenken und gemeinsam neue Vorstellungen zu entwickeln.

Herr Hütig führt aus, dass sein Ansatz darin bestehe, sich auf die Kernaufgaben des Staates zu konzentrieren. Vor diesem Hintergrund müsse man über einen sozialverträglichen Stellenabbau sprechen.

Frau Kleene-Reschke führt aus, dass sie zu den geburtenstarken Jahrgängen gehöre und es schwierig sei, ausreichend neue oder junge Kolleginnen und Kollegen zu finden, die die älteren Generationen ersetzen könnten. Alleine daher sei eine Umstrukturierung erforderlich.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

Nachtrag:

Die Höhe der Abzüge der Krankenkassen bei den Rettungsdienstgebühren werden nachgeliefert:

	Festbetrag der Krankenkassen	Kalkulation Kreis Warendorf	Differenz	Differenz in %
NEF	811,12 €	969,00 €	157,88 €	16,3 %
Notarzt	598,54 €	715,00 €	116,46 €	16,3 %
KTW	533,60 €	720,00 €	186,40 €	25,9 %
RTW	872,54 €	1.259,00 €	386,46 €	30,7 %

**4. Verzicht auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2025****044/2026****Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2025 zu verzichten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 17

<b>5.</b>	<b>Antrag der Kreistagsfraktion AfD zum Ausstieg aus der Radio Warendorf Betriebsgesellschaft mbH &amp; Co. KG</b>	<b>025/2026</b>
-----------	--	-----------------

Herr Hütig begründet den Antrag. Er erklärt, dass sich der Kreis aus seiner Sicht auf seine Kernaufgaben beschränken solle. Eine Beteiligung an einem Radiosender zähle nicht dazu.

Herr Kocker widerspricht entschieden. Er führt aus, dass der lokale Rundfunk Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und des Bevölkerungsschutzes sei.

Herr Schulze Westhoff schließt sich dem an und betont die Bedeutung von Radio Warendorf für die regionale Information und Meinungsvielfalt.

Herr Menke erklärt, dass auch die FWG den Antrag ablehne. Er verweist auf die hohe Reichweite des Senders im Kreisgebiet.

Herr Thiel ergänzt, dass der Kreis die gesetzliche Verpflichtung habe, sich in solchen Medien zu beteiligen.

Auch Frau Brockmann und Herr Vöcking schließen sich den Vorrednern von CDU, SPD und FWG an.

### **Beschlussvorschlag:**

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktion AfD wird verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt  
Ja 2 (AfD) Nein 16

<b>6.</b>	<b>Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG</b>	<b>053/2026</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Kreises Warendorf ermächtigt den Landrat, der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft beizutreten und die für die Mitgliedschaft notwendigen weiteren Erklärungen abzugeben.

In die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG wird als stimmberechtigter Vertreter des Kreises Stephan Niebrügge entsendet. Als Vertreter wird Jens Küppers bestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 18

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Frau Kleene-Reschke um 11:25 Uhr die Sitzung.

gez.

Andrea Kleene-Reschke  
Vorsitz

gez.

Dr. Stefan Funke  
Schriftführer